

Zweitstimme, denn in 33 der 36 Wahlkreise überwog die Zahl der Zweitstimmen für die FDP/DVP gegenüber den Erststimmen. Ob dabei die offizielle Wahlparole der Bundes-FDP, zumindest mit der Zweitstimme FDP zu wählen, eine Rolle gespielt hat, kann dahingestellt bleiben.

Was für die CDU gesagt wurde, gilt auch in übertragenem Sinne für die SPD. Mit besonders hohen Erststimmenquotienten ragen bei ihr hervor: im Wahlkreis Pforzheim-Karlsruhe-Land I der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Fritz Erler (110,5 Erststimmen je 100 Zweitstimmen für die SPD), im Wahlkreis Ludwigsburg der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Karl Mommer (108,5) und im Wahlkreis Mannheim I Prof. Dr. Carlo Schmid, Vizepräsident des Deutschen Bundestags (107,6).

#### **68 Bundestagsabgeordnete vertreten Baden-Württemberg**

Sitzverteilung und Sitzzuteilung waren den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes entsprechend in mehreren Phasen vorzunehmen. Zunächst waren die insgesamt 496 Bundestagsitze (ohne die 22 Berliner Mandate) an die Parteien zu verteilen, die mindestens 5 % der Zweitstimmen im Bundesgebiet oder wenigstens in drei Wahlkreisen die Mehrheit der Erststimmen erlangt hatten. Das waren – nach der Höhe der Zweitstimmenzahl geordnet – SPD, CDU, CSU und FDP. Nach dem Verhältnis der Gesamtzweitstimmenzahlen im Bundesgebiet (d'Hondt'scher Proporz) erhielten die SPD 202, die CDU 196, die CSU und die FDP je 49 Sitze. Als nächster Schritt erfolgte die Weiterverteilung der Mandate der Parteien auf die Länder nach dem Verhältnis der Zweitstimmen der Parteien in den einzelnen Ländern. Auf Baden-Württemberg entfielen 35 Sitze der CDU, 23 der SPD und 10 der FDP/DVP, zusammen also 68 *Bundestagsmandate*. Auf diesen „Gesamtanspruch“ der Parteien waren die in den Wahlkreisen nach der Mehrheit der Erststimmen erlangten Wahlkreismandate anzurechnen, bei der CDU 30 und bei der SPD 6. Die restlichen Sitze – CDU 5, SPD 17 und FDP/DVP 10 – waren aus den Landeslisten zu besetzen. Auf diese Weise zogen von der CDU 2, von der SPD 17 und von der FDP/DVP alle 10 Abgeordnete in den Bundestag ein, die ohne Absicherung auf der Landesliste kein Mandat erhalten hätten. Nur auf der Landesliste, nicht dagegen in einem Wahlkreis, hatten lediglich drei Abgeordnete der CDU kandidiert. Die Placierung auf der Landesliste war bei den einzelnen Parteien von unterschiedlicher

Bedeutung. So genügte bei der CDU der Platz 11 angesichts der relativ hohen Zahl von Wahlkreismandaten nicht mehr für einen Bundestagssitz, dagegen erhielt der Landeslistenbewerber der SPD mit Platzziffer 21 noch ein Listenmandat. Bei der FDP/DVP waren nur die ersten neun bis zwölf Landeslistenplätze von vornherein als verhältnismäßig sicher anzusehen, da die FDP/DVP schon 1961 in keinem Wahlkreis die Mehrheit hatte erringen können.

Gegenüber 1961 hat Baden-Württemberg zwei Mandate gewonnen, eine angesichts der um drei erhöhten Zahl der Wahlkreise geringe Zunahme. In den Wahlkreisen ergaben sich mehrere Veränderungen der Mehrheitsverhältnisse. Die SPD verlor die drei Wahlkreise Stuttgart III, Leonberg-Vaihingen und Waiblingen an die CDU. Weiter den Wahlkreis Esslingen, in dem zwar 1961 und 1965 die meisten Erststimmen auf die CDU entfielen, der aber für 1961 nach den Zweitstimmen – methodisch bedingt durch die unvollständige Vergleichbarkeit der auf die neuen Wahlkreise umgerechneten Erststimmenzahlen – trotzdem theoretisch der SPD zuzurechnen ist. Umgekehrt gilt dies für den Wahlkreis Mannheim II, der nach den Erststimmen 1965 ganz knapp bei der SPD verblieb, in dem aber nach den Zweitstimmen 1965 und 1961 die CDU obsiegte. Unter Berücksichtigung der theoretischen Veränderungen in der Verteilung der Wahlkreismandate für 1961 durch die Umgliederung des Wahlgebiets und der dabei zu machenden methodischen Vorbehalte blieb die Zahl der Landeslistenmandate bei der CDU 1965 im Vergleich zu 1961 unverändert; die SPD gewann vier Mandate, die FDP/DVP verlor zwei. Insgesamt erhielt die CDU drei Sitze mehr, die SPD einen, die FDP/DVP aber zwei weniger. Im Bundesgebiet gewann die CDU vier und die SPD zwölf Sitze, die CSU verlor ein Mandat und die FDP achtzehn. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die CSU mit ihren Stimmen aus nur einem Bundesland in Konkurrenz trat zu den aus allen Ländern stammenden Stimmen der anderen im fünften Deutschen Bundestag vertretenen Parteien.

Zur Erlangung je eines weiteren Mandats für Baden-Württemberg hätten die CDU rund 15 000 Stimmen, die SPD 21 000 und die FDP/DVP 44 000, zusammen also 80 000 Stimmen mehr gebraucht, als sie tatsächlich erhalten haben. Dafür wäre bei gleichbleibender Gesamtverteilung im Bund ein Mandat der CDU in Schleswig-Holstein, eines der SPD in Niedersachsen und eines der FDP in Nordrhein-Westfalen weggefallen.

Dr. Eberhard Gawatz

### **Aufwand der Sozialhilfe in Baden-Württemberg 1964**

Nach § 1 Abs. 4 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) vom 30. Juni 1961 (BGBl. I S. 815) hat jedermann einen Rechtsanspruch auf eine der Würde des Menschen entsprechende Lebensführung. Außer der Hilfe zum Lebensunterhalt, die in ihren Grundzügen den früheren richtsatzmäßigen Fürsorgeleistungen entspricht, sehen die Leistungsbestimmungen des BSHG bei individuellen Notständen auch Hilfen in besonderen Lebenslagen vor. Die gewährte Hilfe soll den Empfänger soweit wie möglich befähigen, unabhängig zu leben; er ist jedoch verpflichtet, zunächst seine eigenen Kräfte und Mittel einzusetzen. Grundsätzlich soll die persönliche Hilfe vor Geld- und Sachleistungen rangieren.

Die *Statistik der Sozialhilfe*, die im Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegspferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBl. I S. 49) ihre Rechtsgrundlage hat, besteht aus zwei Teilen, und zwar aus

einer Jahresstatistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe nach Hilfearten sowie nach Hilfe in oder außerhalb von Anstalten

und einem Nachweis der Empfänger von Sozialhilfe nach Empfängergruppen und Hilfearten.

Die Jahresstatistik der Ausgaben und Einnahmen bildet gleichzeitig, wie bisher auch, die Grundlage für die Abrech-

nung der Länder mit dem Bund über die nicht pauschal abgegoltene Leistungen der Sozialhilfe im Rahmen der Kriegsfolgenhilfe sowie über die Leistungen der überörtlichen Träger der Sozialhilfe für die Tuberkulosehilfe. Auskunftsspflichtig sind als örtliche Träger die Sozialämter der kreisfreien Städte und Landkreise, die die Sozialhilfe als eine Selbstverwaltungsangelegenheit durchzuführen haben, als überörtliche Träger die Landeswohlfahrtsverbände. Sofern die Durchführung von Leistungen aus dem Zuständigkeitsbereich des überörtlichen Trägers auf den örtlichen Träger delegiert ist, werden dieselben vom zuständigen örtlichen Träger statistisch erfaßt, jedoch beim überörtlichen nachgewiesen.

#### **Gesamtaufwand der Sozialhilfe**

Insgesamt wurden in Baden-Württemberg im Jahr 1964 rund 194,1 Mill. DM für Sozialhilfe ausgegeben, das sind rund 10,2 Mill. DM oder 5,5 % mehr als die vergleichbaren Aufwendungen im Jahr 1963. Die finanzielle Bruttobelastung je Einwohner ist von 22,68 DM im Jahr 1963 auf 23,51 DM gestiegen. (Beim Nachweis des Bruttoaufwandes blieben die allgemeinen Kosten und die Verwaltungskosten außer Betracht.)

Das Schwergewicht der Ausgaben lag bei den *Hilfen in besonderen Lebenslagen*, auf die rund 129,9 Mill. DM oder 66,9 % der Gesamtausgaben entfielen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in dieser Ausgabengruppe auch einige

Tabelle 1

## Aufwand der Sozialhilfe in Baden-Württemberg im Jahr 1964

Art der Hilfe	Außerhalb von				In		Insgesamt	davon im Regierungsbezirk								
	Anstalten							Nordwürttem- berg		Nordbaden		Südbaden		Südwestfalen- Hohenzollern		
	DM	%	DM	%	DM	%		DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	
Hilfe zum Lebensunterhalt .....	47754942	59,5	16442629	14,4	64197571	33,1	20578916	23,1	18064613	37,1	14427718	36,0	11126324	68,9		
Hilfe in besonderen Lebenslagen .....	32564149	40,5	97373564	85,6	129937713	66,9	68469026	76,9	30688909	62,9	25747942	64,0	5031836	31,1		
davon																
Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage .....	119014	0,1	—	—	119014	0,1	45373	0,0	39433	0,1	15792	0,0	18416	0,1		
Ausbildungshilfe .....	1412420	1,8	1113461	1,0	2525881	1,3	1130476	1,3	454029	0,9	541863	1,3	399513	2,5		
Vorbeugende Gesundheitshilfe .....	329240	0,4	3925894	3,5	4255134	2,2	2289596	2,6	953090	2,0	359640	0,9	652808	4,0		
Krankenhilfe .....	4054574	5,0	5001539	4,4	9056113	4,7	2603892	2,9	2899356	5,9	2639033	6,6	913832	5,7		
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen .....	90807	0,1	238895	0,2	329702	0,2	86780	0,1	161433	0,3	50954	0,1	30535	0,2		
Eingliederungshilfe für Behinderte ..	2775524	3,5	12530738	11,0	15306262	7,9	8967840	10,1	2867165	5,9	2922094	7,3	549163	3,4		
Blindenhilfe .....	9616335	12,0	194238	0,2	9810573	5,0	4714296	5,3	2683744	5,5	2198892	5,5	213641	1,3		
Tuberkulosehilfe .....	9108003	11,3	5151247	4,5	14259250	7,3	8275560	9,3	3626079	7,4	2258699	5,6	98912	0,6		
Hilfe zur Pflege .....	4427046	5,5	68245164	60,0	72672210	37,4	39826053	44,7	16270307	33,4	14480496	36,0	2095354	13,0		
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts ..	251492	0,3	106860	0,1	358352	0,2	180949	0,2	83979	0,2	53097	0,1	40327	0,3		
Hilfe für Gefährdete .....	12685	0,0	476084	0,4	488769	0,2	188147	0,2	264666	0,5	28941	0,1	7015	0,0		
Altenhilfe .....	304750	0,4	55927	0,0	360677	0,2	114304	0,1	232983	0,5	9028	0,0	4362	0,0		
Sonstige Hilfe .....	62259	0,1	333517	0,3	395776	0,2	45760	0,1	152645	0,3	189413	0,5	7958	0,0		
Gesamtausgaben (Brutto) .....	80319091	100	113816193	100	194135284	100	89047942	100	48753522	100	40175660	100	16158160	100		
Einnahmen .....	14092741	17,5	42283538	37,2	56376279	29,0	27659134	31,1	12239054	25,1	11003668	27,4	5474423	33,9		
Reinausgaben .....	66226350	82,5	71532655	62,8	137759005	71,0	61388808	68,9	36514468	74,9	29171992	72,6	10683737	66,1		
darunter für Zugewanderte .....	2825348	4,3	1898750	2,7	4724098	3,4	2158852	3,5	996512	2,7	966518	3,3	602216	5,6		

Hilfearten – wie z. B. die Tuberkulosehilfe, Eingliederungshilfe und Ausbildungshilfe – enthalten sind, die zugleich noch mit einer Hilfe zum Lebensunterhalt gekoppelt sind. Während die Hilfen in besonderen Lebenslagen individuell, den Erfordernissen des Einzelfalles entsprechend, gewährt werden, bestimmt sich die *Hilfe zum Lebensunterhalt*, das sind nach dem BSHG Leistungen, die Hilfesuchende zur Bestreitung der notwendigen Lebensbedürfnisse empfangen, soweit es sich um laufende Leistungen außerhalb von Anstalten handelt, nach Regelsätzen. Ihr Inhalt und Aufbau ist vom Bund angeordnet, die Höhe der Regelsatzleistung im einzelnen wird jedoch vom Land festgelegt.

Die Steigerung des Bruttoaufwandes für Sozialhilfe gegenüber den vergleichbaren Aufwandssummen früherer Jahre ist vor allem auf die Erweiterung des Personenkreises von Anspruchsberechtigten und auf die Ausweitung und Verbesserung der Leistungen zurückzuführen. Der weitaus größere Teil des Bruttoaufwandes entfiel auch 1964 auf die Sozialhilfe in Anstalten, und zwar 58,6% (113,8 Mill. DM). Bei den örtlichen Trägern überwiegen die Ausgaben für die außerhalb von Anstalten gewährten Leistungen, bei den Landeswohlfahrtsverbänden, als den überörtlichen Trägern, die Aufwendungen für die heim- oder anstaltsmäßige Unterbringung von Sozialhilfeempfängern (79,3%). Von den örtlichen Trägern, also den kreisfreien Städten und Landkreisen, wurden im Jahr 1964 mit insgesamt 90,6 Mill. DM 46,6% des Gesamtaufwands für Sozialhilfe getragen. Im Vergleich hierzu beliefen sich die Ausgaben der überörtlichen Träger (LWV Württemberg-Hohenzollern und LWV Baden) auf insgesamt 103,6 Mill. DM, also um 12,6% höher; dies entspricht einem Anteil von 53,4% des Gesamtaufwandes der Sozialhilfe.

## Aufwendungen für die Hilfe zum Lebensunterhalt

Für *Hilfe zum Lebensunterhalt* sind im Jahr 1964 in Baden-Württemberg rund 64,2 Mill. DM verausgabt worden; in der Mehrzahl der Fälle (74,5%) handelte es sich um *Leistungen außerhalb von Anstalten*. Während sich dieser Ausgabenbetrag auf insgesamt 47,8 Mill. DM belief, verursachte die *in Anstalten gewährte Hilfe* zum Lebensunterhalt nur 16,4 Mill. DM (25,5%). Von den außerhalb von Anstalten gewährten Leistungen entfielen 38,6 Mill. DM oder 80,7% auf regelmäßige, d. h. laufende Leistungen und nur rund 9,2 Mill. DM oder 19,3% auf einmalige Hilfen zum Lebensunterhalt. Etwa 50,2% dieser einmaligen Hilfen sind Empfängern laufender Leistungen zusätzlich gewährt worden.

Gemäß § 21 Abs. 1 BSHG zählen zu den *laufenden Leistungen zum Lebensunterhalt*, die nach den Regelsätzen (§ 22 Abs. 3 BSHG) bemessenen Geldleistungen, Mehrbedarfszuschläge und die Miete. In Baden-Württemberg sind die monatlichen Regelsätze durch entsprechenden Erlaß des Innenministeriums wie folgt festgelegt (Beträge in DM):

Personengruppe	Stuttgart		Städte über 100 000 bis 500 000 Einwohner		Stadtkreise über 100 000 Einwohner und Landkreise	
	ab	ab	ab	ab	ab	ab
	1. 6. 62	1. 10. 64	1. 6. 62	1. 10. 64	1. 6. 62	1. 10. 64
Für den Haushaltsvorstand und den Alleinstehenden ..	116	125	109	117	104	112
Für Haushaltsangehörige im Alter von unter 7 Jahren ..	54	59	52	56	50	54
7 b. unt. 14 Jahren	83	90	79	86	75	82
14 b. unt. 18 Jahren	100	108	95	102	90	97
18 Jahren u. mehr	88	97	84	91	80	87

Darüber hinaus ist auf Landesebene für bestimmte Personengruppen (z. B. Alte, Erwerbsunfähige, werdende Mütter, Blinde) noch ein Mehrbedarf vorgesehen. Als laufende Hilfe werden außerdem die Aufwendungen für die Miete bezahlt.

Das BSHG sieht ferner noch eine laufende Hilfe in Form laufender Sachleistungen vor, wenn diese Hilfe infolge unwirtschaftlichen Verhaltens des Hilfesuchenden oder aus sonstigen Gründen für notwendig erachtet wird. Die Hilfe muß jedoch regelmäßig vorgesehen sein, die Dauer der Notwendigkeit der Gewährung ist hierbei ohne Belang. So zählt auch eine zunächst regelmäßig vorgesehene aber kurze Zeit später wieder hinfällig gewordene Hilfe als laufende Leistung. Zu den laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt rechnen außerdem Vorschüsse zu Beschaffungs- oder anderen Zwecken, soweit sie aus künftig laufenden Zahlungen der Sozialhilfe abgedeckt werden sollen, ferner laufend gewährte Krankenkassen- und Versicherungsbeiträge (§§ 13 und 14 BSHG).

Als *einmalige Hilfen* (§ 21 Abs. 1 und 2 BSHG) zählen sämtliche nicht regelmäßig vorgesehenen Leistungen zur Bestreitung des Lebensunterhalts, wie z. B. Beihilfen zwecks Beschaffung von Winterfeuerung, Kleidung, Hausrat und Handwerkszeug, Transport-, Umzugs- und Bestattungskosten. Hierbei

spielt es keine Rolle, ob diese Leistungen an Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt oder an sonstige nicht regelmäßig unterstützte Hilfesuchende gewährt werden.

Die Aufwendungen für Hilfe zum Lebensunterhalt fallen gemäß der gesetzlichen Zuständigkeitsregelung hauptsächlich bei den örtlichen Trägern an. Insgesamt wiesen die kreisfreien Städte und Landkreise Baden-Württembergs 1964 einen Aufwand von 62,7 Mill. DM (97,7 %) nach. Bei den von den Landeswohlfahrtsverbänden in Württemberg und Baden gewährten Hilfen zum Lebensunterhalt handelt es sich in der Mehrzahl der Fälle um Leistungen für Nichtseßhafte (§ 100 Abs. 1 Ziffer 6 BSHG) sowie um Hilfen für Ausländer und Staatenlose. Am Gesamtaufwand für diese Hilfeart war der überörtliche Träger daher mit nur 2,3 % (1,5 Mill. DM) beteiligt.

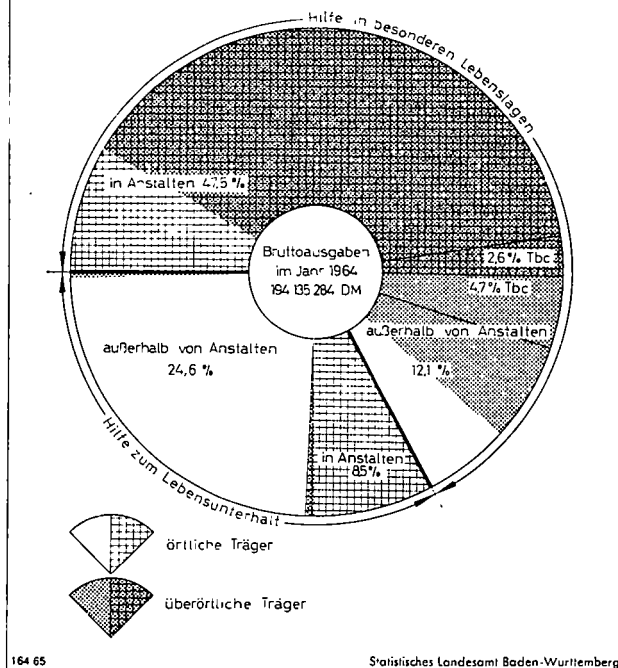
#### Aufwendungen für Hilfen in besonderen Lebenslagen

Dem Wunsch des Gesetzgebers nach einer im Einzelfall angemessenen und nachhaltigen *Hilfe in besonderen Lebenslagen* entspricht § 28 BSHG; individuelle Notstände, die Sozialhilfe erforderlich machen, sind z. B. Krankheit, altersbedingte Schwierigkeiten, sonstige Notstände u. ä. Durch das BSHG erstmalig gesetzlich geregelt wurde die Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage (§ 30), die vorbeugende Gesundheitshilfe (§ 36), die Hilfe zur Weiterführung des Haushalts (§§ 70 und 71), die Hilfe für Gefährdete (§§ 72 bis 74) und die Altenhilfe (§ 75). Außerdem sind die Eingliederungshilfe für Behinderte (§§ 39 bis 47) und die Hilfe zur Pflege (§§ 68 und 69) beachtlich erweitert worden. Zu erwähnen ist ferner, daß die Tuberkulosehilfe, die früher im THG vom 23. Juni 1959 ihre eigene gesetzliche Regelung hatte, nunmehr (voll) in das BSHG eingegliedert ist.

Zur Beurteilung der folgenden Zahlenwerte sei nochmals vermerkt, daß, soweit die Hilfen in besonderen Lebenslagen entsprechend dem Gesetz eine Hilfe zum Lebensunterhalt mit umfaßt, dieselbe nicht gesondert nachgewiesen wird; der gewährte Lebensunterhalt gilt vielmehr als Bestandteil der individuell geleisteten Hilfe in besonderen Lebenslagen. 1964 sind in Baden-Württemberg insgesamt 129,9 Mill. DM für diese Hilfen in besonderen Lebenslagen verausgabt worden, das ist mehr als das Doppelte des Aufwandes für Hilfen zum Lebensunterhalt. Von diesen Bruttoausgaben für Hilfen in besonderen Lebenslagen entstanden rund 32,5 Mill. DM für Hilfeempfänger *außerhalb von Anstalten*; der sehr viel größere Ausgabenbetrag jedoch – nämlich 97,4 Mill. DM oder 75 % – war für Sozialhilfeempfänger, die *in Anstalten*, Heimen oder sonstigen gleichartigen Einrichtungen untergebracht waren, erwachsen. Daß die überörtlichen Träger zu 78,6 % und die örtlichen Träger nur zu 21,4 % am Gesamtaufwand dieser Hilfeart beteiligt sind, liegt in der gesetzlich geregelten Zuständigkeit der Kostenträger begründet.

Rund 56 % (72,7 Mill. DM) wurden für Hilfen zur Pflege, die in Form eines Pflegegeldes für häusliche Pflege und War-

#### Ausgaben der Sozialhilfe



tung oder als Anstaltspflege geleistet wird, verausgabt. Der nächstgrößte Ausgabenbetrag bildete die Eingliederungshilfe für Behinderte mit 15,3 Mill. DM (11,8 %), die nun auch die früher gesondert geregelte Körperbehindertenfürsorge einschließt und körperlich, geistig und seelisch behinderten Personen zugute kommt. An dritter Stelle stand mit einem Aufwand von 14,3 Mill. DM (11 %) die Tuberkulosehilfe. Sie wird gefolgt von der Blindenhilfe (9,8 Mill. DM) und der Krankenhilfe (9,1 Mill. DM), die anteilmäßig am Gesamtaufwand der Hilfen in besonderen Lebenslagen nahezu gleich stark (7,5 bzw. 7 %) beteiligt waren (*vgl. Tabelle 3*). Bei der Beurteilung der Zahlenwerte ist zu berücksichtigen, daß in den Aufwendungen für Blindenhilfe nicht nur die nach dem Leistungsrecht des BSHG gewährten Hilfen, sondern auch das nach landesrechtlichen Bestimmungen gezahlte sog. Landesblindengeld nachgewiesen werden. Die Kosten der vorbeugenden Gesundheitshilfe bemessen sich mit rund 4,3 Mill. DM auf 3,3 %; diese Hilfe umfaßt auch die ärztlich angeordneten Erholungsmaßnahmen für Kinder sowie die für Mütter und alte

Tabelle 2

Aufwand der Hilfe zum Lebensunterhalt 1964

Art der Hilfe	Baden- Württemberg insgesamt		davon im Regierungsbezirk							
			Nordwürttemberg		Nordbaden		Südbaden		Südwestfalen- Hohenzollern	
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
<b>Außerhalb von Anstalten</b>										
Laufende Leistungen . . . . .	38 590 730	60,1	11 630 322	30,1	11 197 924	29,0	9 563 828	24,8	6 198 656	16,1
Einmalige Leistungen . . . . .	9 164 212	14,3	3 381 554	36,9	2 387 174	26,1	2 128 137	23,2	1 267 347	13,8
darunter										
an Empfänger laufender Leistungen . . . . .	4 602 782	50,2	1 621 072	35,2	1 297 033	28,2	1 050 556	22,8	634 121	13,8
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>47 754 942</b>	<b>74,4</b>	<b>15 011 876</b>	<b>31,4</b>	<b>13 585 098</b>	<b>28,5</b>	<b>11 691 965</b>	<b>24,5</b>	<b>7 466 003</b>	<b>15,6</b>
darunter										
für Zugewanderte . . . . .	2 759 919	5,8	932 199	33,8	504 967	18,3	756 456	27,4	566 297	20,5
<b>In Anstalten</b>										
Laufende und einmalige Leistungen insgesamt . . . . .	16 442 629	25,6	5 567 040	33,0	4 479 515	27,2	2 735 753	16,6	3 660 321	22,3
darunter										
für Zugewanderte . . . . .	796 143	4,8	206 525	25,9	216 694	27,2	176 373	22,2	196 551	24,7
<b>Gesamtausgaben . . . . .</b>	<b>64 197 571</b>	<b>100</b>	<b>20 578 916</b>	<b>32,1</b>	<b>18 064 613</b>	<b>28,1</b>	<b>14 427 718</b>	<b>22,5</b>	<b>11 126 324</b>	<b>17,3</b>

Tabelle 3

## Ausgaben und Einnahmen der Tuberkulosehilfe im Jahr 1964

Art der Hilfe	außerhalb von				in		Insgesamt	davon im Regierungsbezirk											
	Anstalten				Anstalten						Nordwürttemberg 1)		Nordbaden		Südbaden		Süd-württemberg-Hohenzollern 2)		
	DM	%	DM	%	DM	%		DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%		
Heilbehandlung	132 736	1,5	4 769 726	92,6	4 902 462	34,4	2 884 777	34,8	1 413 741	39,0	563 499	25,0	40 445	40,9					
Hilfe für Eingliederung in das Arbeitsleben	26 789	0,3	37 970	0,7	64 759	0,5	51 476	0,6	5 794	0,2	7 169	0,3	320	0,3					
Hilfe zum Lebensunterhalt	8 374 927	91,9	284 235	5,5	8 659 162	60,7	4 912 262	59,4	2 109 016	58,2	1 589 666	70,4	48 218	48,8					
Sonderleistungen	534 712	5,9	—	—	534 712	3,7	362 565	4,4	81 442	2,2	88 585	3,9	2 120	2,1					
Vorbeugende Hilfe	38 839	0,4	59 316	1,2	98 155	0,7	64 480	0,8	16 086	0,4	9 780	0,4	7 809	7,9					
Ausgaben insgesamt	9 108 003	100	5 151 247	100	14 259 250	100	8 275 560	100	3 626 079	100	2 258 699	100	98 912	100					
Einnahmen insgesamt	1 440 698	15,8	1 597 710	31,0	3 038 408	21,3	1 809 334	21,9	780 938	21,5	436 203	19,3	11 933	12,1					
Reine Ausgaben	7 667 305	84,2	3 553 537	69,0	11 220 842	78,7	6 466 226	78,1	2 845 141	78,5	1 822 496	80,7	86 979	87,9					
je Einwohner DM	—,93		—,43		1,36		1,40		1,59		1,05		—,82						

<sup>1)</sup> Reg.-Bez. Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern (ohne Hohenzollern). — <sup>2)</sup> Nur der Landesteil Hohenzollern.

Menschen. Im Rahmen des BSHG belief sich die Ausbildungshilfe auf rund 2,5 Mill. DM; sie ist verhältnismäßig niedrig (1,9%) am Gesamtaufwand beteiligt, da sie – ebenso wie die Eingliederungshilfe – erst dann in Anspruch genommen werden kann, wenn die gleiche Leistung z. B. im Bundesversorgungsgesetz, im Lastenausgleichsgesetz oder in der Reichsversicherungsordnung bereits voll ausgeschöpft ist.

In den *kreisfreien Städten* standen – nach der Höhe des Leistungsbetrages gemessen – an den drei ersten Stellen die Hilfen zur Pflege (32,9%), die Krankenhilfe (28,1%) und die vorbeugende Gesundheitshilfe (23,5%). Auch in den *Landkreisen* nahm die Hilfe zur Pflege (47,2%) die erste Stelle ein, sie wird gefolgt von der Krankenhilfe (24,2%) und der Ausbildungshilfe (10,3%), während der vorbeugenden Gesundheitshilfe (9,9%) erst der vierte Platz zukam. Beim *überörtlichen Träger* beanspruchte die Hilfe zur Pflege 59,8%, bei der es sich vor allem um Aufwendungen für die in Anstalten untergebrachten Nerven- und Geisteskranken bzw. -schwachen handelte, die zweite Stelle nahm die Eingliederungshilfe für Behinderte (14%) ein, die dritte die Tuberkulosehilfe (13,9%), für die nahezu gleich viel aufgewendet wurde.

#### Aufwendungen für weitere Leistungen der Sozialhilfeträger

Der Vollständigkeit halber werden noch die sog. weiteren Leistungen der Sozialhilfeträger aufgeführt, die, mit Ausnahme der Sozialhilfe für Deutsche aus dem Ausland, keine Leistungen nach dem BSHG darstellen. Insgesamt wurden von den Sozialhilfeträgern Baden-Württembergs im Jahr 1964 etwa 21,1 Mill. DM für weitere Leistungen aufgewendet; ihr Anteil am Gesamtaufwand der Sozialhilfe liegt bei 10,9%. Wie aus der *Tabelle 4* zu erschen ist, besteht diese Aufwandsgruppe in der Hauptsache aus Leistungen für Krankenversorgung von Unterhaltshilfempfängern des Lastenausgleichs (gem. § 276 LAG Abs. 3 und 4), deren Anteil sich allein auf

62% oder 13,1 Mill. DM belief. Den nächstgrößten Ausgabenposten ergaben die Weihnachtsbeihilfen, die nach landesrechtlichen Bestimmungen gezahlt werden (31,2% oder 6,6 Mill. DM).

#### Einnahmen und regionale Verteilung der Soziallasten

Mit den Einnahmen des Jahres 1964, die sich insgesamt auf 56,4 Mill. DM summierten, konnten rund 29% der Bruttoausgaben der Träger der Sozialhilfe gedeckt werden. Somit verblieben *reine Ausgaben* in Höhe von 137,7 Mill. DM. Bei diesen Einnahmen handelte es sich in der Hauptsache um Ersatzleistungen von anderen Sozialleistungsträgern und von Unterhaltspflichtigen. Nicht berücksichtigt wurden hierbei die Kosten-erstattungen der Sozialhilfeträger untereinander. Gleichfalls außer Betracht blieben beispielsweise auch Zuschüsse an die freie Wohlfahrtspflege (§ 10 Abs. 3 BSHG).

Tabelle 5

#### Gesamtaufwand der Sozialhilfe sowie weitere Leistungen nach dem BSHG in Baden-Württemberg 1964

Regierungsbezirk Land	Aufwand in DM			
	Sozialhilfe insgesamt <sup>1)</sup>	Hilfe zum Lebens- unterhalt	Hilfe in be- sonderen Le- benslagen <sup>1)</sup>	Weitere Leistungen
Nordwürttemberg	89 047 942	20 578 916	68 469 026	8 793 661
je Einwohner	22,27	6,35	15,92	2,63
Nordbaden	48 753 522	18 064 613	30 688 909	5 066 851
je Einwohner	27,17	10,07	17,10	2,82
Südbaden	40 175 660	14 427 718	25 747 942	4 115 727
je Einwohner	23,12	8,30	14,82	2,37
Südwürtt.-Hohenzollern	16 158 160	11 126 324	5 031 836	3 153 929
je Einwohner	23,00	8,36	14,64	2,34
<b>Baden-Württemberg</b>	<b>194 135 284</b>	<b>64 197 571</b>	<b>129 937 713</b>	<b>21 130 168</b>
je Einwohner	23,51	7,77	15,74	2,56

<sup>1)</sup> Einschließlich Tbc-Hilfe.

In dieser Nettoaufwandssumme sind rund 11,2 Mill. DM für Tuberkulosehilfe enthalten, die nach § 66 Abs. 1 BSHG zur Hälfte der Bund trägt. Die mit dem Bund verrechnungsfähigen Leistungen für Zugewanderte stellten sich auf 6,3 Mill. DM.

Ausgehend vom Bruttoaufwand der Sozialhilfe (ohne die weiteren Leistungen) errechnet sich für das Jahr 1964 im Landesdurchschnitt eine finanzielle Belastung von 23,51 DM je Einwohner; dieser Betrag erhöht sich noch um 2,56 DM für die sog. weiteren Leistungen der Sozialhilfeträger.

Die Bruttobelastung in den *Regierungsbezirken* weist bemerkenswerte Unterschiede auf, während die geringste Sozialhilfebelastrung je Einwohner im Regierungsbezirk Nordwürttemberg mit 22,27 DM ermittelt wurde, die um mehr als eine DM unter dem Landesdurchschnitt lag, hatte sich die höchste im Regierungsbezirk Nordhaden mit 27,17 DM je Einwohner ergeben. Im Gegensatz hierzu stellten sich der für den

Tabelle 4

#### Weitere Leistungen der Sozialhilfe 1964 nach Leistungsarten

Leistungsart	Baden- Württem- berg	davon im Regierungsbezirk			
		Nord- württem- berg	Nord- baden	Süd- baden	Süd- württem- berg- Hohen- zollern
		DM			
Krankenversorgung gemäß LAG	13 090 390	6040 005	3384 757	1773 831	1891 797
Geschlechtskrankenfürsorge	269 994	120 791	145 794	3 406	3
Sozialhilfe für Flüchtlinge aus Ungarn	83 924	20 066	32 709	12 453	18 696
Weihnachtsbeihilfen	6 602 015	2410 546	1503 591	1452 830	1235 048
Sozialhilfe und Kostenersatz für Deutsche im Ausland	1 083 845	202 253	—	873 207	8 385
<b>Bruttoausgaben insgesamt</b>	<b>21 130 168</b>	<b>8793 661</b>	<b>5066 851</b>	<b>4115 727</b>	<b>3153 929</b>

Regierungsbezirk Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern errechnete Aufwandsbetrag mit 23,12 DM bzw. 23,00 DM je Einwohner ebenfalls niedriger als der Landesdurchschnitt.

In den *kreisfreien Städten* war die durchschnittliche Brutto-sozialhilfebelastung (18,27 DM) etwa um 51,1 % stärker als in Landkreisen (8,93 DM). Von den kreisfreien Städten hatten die Städte Stuttgart, Heidelberg, Mannheim, Freiburg, Baden-Baden eine Belastung, die über dem Durchschnitt aller kreisfreien Städte lag; diesen Durchschnitt erreichten dagegen nicht die Städte Heilbronn, Ulm, Karlsruhe, Pforzheim. Von den 63 *Landkreisen* wiesen 28 Kreise eine überdurchschnittliche Sozialhilfebelastung je Einwohner nach; gegliedert nach Regierungsbezirken finden sich von diesen 6 in Nordwürttemberg, 4 in Nordbaden, 10 in Südbaden und 8 in Südwürttemberg-Hohenzollern. Die höchste Ausgabenquote ergab sich für den Landkreis Reutlingen mit 17,88 DM je Kopf der Bevölkerung,

die niedrigste Belastung hatte der Landkreis Hechingen mit 4,74 DM.

Die statistischen Nachweisungen über den Aufwand der Sozialhilfe zeigen, daß das Leistungsrecht des BSHG beachtliche Ausgabenbeträge von der öffentlichen Hand erforderte. Das Ansteigen des Bruttoaufwandes war vor allem durch die vermehrte Inanspruchnahme der individuellen Hilfen in besonderen Lebenslagen, andererseits aber auch durch die Erhöhung der laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt verursacht worden. Außer diesen genannten Beträgen haben das Land, die kreisfreien Städte und Landkreise des weiteren noch beträchtliche Mittel an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege zur Erfüllung von Aufgaben im Rahmen der Sozialhilfe verfügt. Statistisch nicht erfassbar ist ferner die von den Trägern der Sozialhilfe geleistete persönliche Hilfe, wie z. B. Betreuung und Beratung der Hilfesuchenden. Dipl.-Kfm. Gertrud Heß

## Die Kriegsofopferfürsorge im Jahr 1964

Die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, kurz *Kriegsofopferfürsorge* genannt, bildet eine Ergänzung der Rentenleistungen für diesen Personenkreis. Nach § 25 BVG soll sie den Kriegsofopfern in allen Lebenslagen beistehen und ihnen durch Gewährung individueller Leistungen helfen, die Folgen erlittener Schädigungen oder des Verlustes des Ernährers zu überwinden oder nach Möglichkeit wenigstens zu mildern. Seit 1963 werden die bis 1962 im Rahmen der früheren Fürsorgetatistik nachgewiesenen Leistungen der Kriegsofopferfürsorge in Form einer besonderen Jahresstatistik durchgeführt. Rechtsgrundlage hierfür ist das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsofopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBl. I S. 43). Die Statistik des Jahres 1964 umfaßt die Leistungen der Kriegsofopferfürsorge gemäß §§ 25 bis 27 c und § 64 b des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) in der Fassung vom 21. Februar 1964 (BGBl. I S. 101) sowie der Verordnung zur Kriegsofopferfürsorge einschließlich der entsprechenden Leistungen nach § 3 des Gesetzes über die Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen, § 80 des Soldatenversorgungsgesetzes, §§ 4 und 5 des Häftlingshilfegesetzes und § 33 des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst.

Ebenso wie die Statistik der Sozialhilfe besteht auch die Statistik der Kriegsofopferfürsorge aus zwei Teilen: dem Nachweis der Ausgaben und Einnahmen und dem Empfängernachweis. Letzterer wird wegen erfassungstechnischer Schwierigkeiten des Personenkreises ohne Individualzählblatt durchgeführt und beschränkt sich auf die Erfassung des Bestandes an Empfängern laufender Leistungen am Jahresende sowie auf die Fälle einmaliger Leistungen im Laufe des Jahres. Auskunftspflichtig sind in Baden-Württemberg die Fürsorgestellen für Kriegsofopfer bei den Sozialämtern der Stadt- und Landkreise und außerdem die Hauptfürsorgestellen bei den Landeswohlfahrtsverbänden Württemberg und Baden. Die von

diesen sachlich zuständigen Stellen nummehr zu liefernden Angaben sind im Vergleich zu den in den Vorjahren erbrachten statistischen Daten wesentlich erweitert worden. Die Kosten der Kriegsofopferfürsorge für Leistungen nach dem BVG trägt – soweit es sich um Berechtigte im Inland handelt – zu 80 % der Bund; die restlichen Aufwendungen für diese Leistungen verbleiben grundsätzlich zu Lasten der Träger der Kriegsofopferfürsorge. Die Leistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz werden in voller Höhe vom Bund übernommen.

### Aufwand der Kriegsofopferfürsorge

Die Kriegsofopferfürsorge beanspruchte in Baden-Württemberg im Jahr 1964 einen Aufwandsbetrag von rund 37,4 Mill. DM, das sind rund 0,7 Mill. DM oder 1,9 % mehr als im Vorjahr. Damit hat sich auch die durchschnittliche Bruttobelastung je Einwohner erhöht. Der Anstieg des Gesamtaufwandes ist einerseits auf die Erfassung der bis 1963 im Aufwand der allgemeinen Fürsorge enthaltenen pauschalierten Leistungen und der Aufnahme der bislang gleichfalls im Aufwand der allgemeinen Fürsorge nachgewiesenen Kosten für die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt zurückzuführen, andererseits ist hierfür aber auch die Verbesserung der Einzelleistungen maßgebend. Diese Erhöhung des Gesamtaufwandes wird um so beachtlicher, wenn man berücksichtigt, daß sich der Empfängerkreis stetig verkleinert, vor allem der von Erziehungsbeihilfen, da die Waisen aus dem versorgungsberechtigten Alter herauswachsen.

Wie auch in den früheren Jahren wurde der größte Teil der Bruttoausgaben als Beihilfen gewährt; ihr Anteil betrug 94,3 %. Obwohl sich das anteilige Verhältnis der Darlehen erhöhte, betrug es 1964 nur 5,7 % der Bruttoausgaben (1963: 4,1 %). Bezogen auf den Bevölkerungsstand am Ende des Rechnungsjahres 1964, ergab sich durch die Kriegsofopferfürsorge eine Belastung je Einwohner in Höhe von 4,63 DM; sie übertraf um

Tabelle 1

Aufwand der Kriegsofopferfürsorge in Baden-Württemberg 1964

Art der Fürsorge	Leistungen an Berechtigte				Insgesamt	davon im Regierungsbezirk								
	innerhalb		außerhalb			Nordwürttemberg		Nordbaden		Südbaden		Süd- württemberg- Hohenzollern		
	des Geltungsbereichs													
	DM	%	DM	%		DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM
Berufsfürsorge .....	3463554	9,3	8022	3,2	3471576	9,3	1337867	8,2	1098904	12,0	963446	10,8	71359	2,4
Erziehungsbeihilfen an Beschädigte für Kinder .....	6849535	18,4	8249	3,3	6857784	18,4	3063029	18,7	1391658	15,1	1502520	16,9	900577	31,0
Erziehungsbeihilfen an Waisen .....	15275850	41,3	98189	39,1	15374039	41,1	7227133	44,1	3471937	37,8	3602567	40,5	1072402	36,9
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt .....	5994769	16,1	116466	46,4	6111235	16,4	2353027	14,4	1394494	15,2	1697107	19,1	666557	22,9
Erholungsfürsorge .....	2143568	5,8	5220	2,1	2148788	5,7	1450409	8,8	538595	5,9	131214	1,5	28570	1,0
Wohnungsfürsorge .....	694218	1,9	8000	3,2	702218	1,9	225628	1,4	141783	1,5	333115	3,7	1692	0,1
Sonstige Hilfen .....	2687359	7,2	6887	2,7	2694246	7,2	716084	4,4	1148170	12,5	665090	7,5	164902	5,7
Gesamtausgaben (Brutto) .....	37108853	100	251033	100	37359886	100	16373177	100	9185541	100	8895109	100	2906059	100
Einnahmen .....	4139914	11,2	11689	4,7	4151603	11,1	1197015	7,3	1283062	14,0	1353840	15,2	317686	10,9
Reine Ausgaben .....	32968939	88,8	239344	95,3	33208283	88,9	15176162	92,7	7902479	86,0	7541269	84,8	2588373	89,1